GLOBAL 26.07.2021 | Vinzenz Huzel & Anja Wehler-Schöck & Christoph P. Mohr

Zuckerbrot oder Peitsche

Gefängnis oder Millionengewinn: Wie man Skeptiker zum Impfen bringen will. Wir berichten von den Philippinen, aus den USA und aus Kasachstan.

Philippinen

„Impft euch oder ich bringe euch hinter Gitter!“ Mit dieser Drohung versuchte kürzlich der philippinische Präsident Rodrigo Roa Duterte seine Landsleute von einer Corona-Schutzimpfung zu überzeugen. Duterte, der wegen seines „Kriegs gegen die Drogen“ seit Jahren von internationalen Institutionen und Menschenrechtsorganisationen kritisiert wird, ist bekannt für solch drastische Äußerungen. Wiederholt forderte er Sicherheitsbehörden auf, jeden zu erschießen, der sich den Quarantänemaßnahmen widersetzt. Auch wenn dieser „Schießbefehl“ so nicht umgesetzt wird, ist die Krisenstrategie des Landes doch eher an polizeilichen Maßnahmen orientiert als an gesundheitlicher Aufklärung.

Bereits zu Beginn der Pandemie hat die philippinische Regierung einen der weltweit strengsten Lockdowns erlassen, der bis in die Gegenwart andauert. So sind seit März 2020 die Schulen und Kindergärten durchgehend geschlossen. Kindern unter 12 Jahren und Senioren über 65 Jahren war bis vor kurzem das Verlassen ihrer Wohnungen untersagt. In der Öffentlichkeit müssen Gesichtsmasken getragen werden (die Regierung empfiehlt sogar zwei davon!) sowie ein zusätzliches Kunststoffvisier.

Gegenüber den steigenden Fallzahlen zeigten diese Maßnahmen jedoch wenig Wirkung. Bereits seit Inkrafttreten der Regelungen bedient Duterte das Narrativ der „undisziplinierten Bürger“, dem er ein rigoroses Vorgehen der Sicherheitsbehörden entgegensetzt. Die philippinische Nationalpolizei verzeichnete zwischen August 2020 und März 2021 mehr als 1,5 Millionen „Verstöße gegen die öffentlichen Gesundheitsstandards“, die bis hin zu Festnahmen führten.

Die Pandemie hat die Philippinen hart getroffen. Bis Juli 2021 hatten sich rund 1,5 der 110 Millionen Einwohner infiziert, bei etwa 27 000 verlief die Krankheit tödlich. Seither befindet sich die bis dahin auf

Wachstum gepolte Wirtschaft in einer Rezession, die Arbeitslosenquote hat sich nahezu verdoppelt und zeitweise waren die Intensivbetten der Krankenhäuser vollständig belegt.

Dutertes Gefängnisdrohung für Impfverweigerer löste eine Diskussion darüber aus, unter welchen Bedingungen eine Impfpflicht im Lande eingeführt werden könnte. Doch selbst die Duterte-freundliche Mehrheit im Kongress zeigt sich skeptisch. Tatsächlich gibt es in den Philippinen große Vorbehalte gegenüber Impfungen im Allgemeinen. Über 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger lehnen laut einer aktuellen Befragung eine Impfung ab. Die Gründe dafür sind vielfältig: So erinnert man sich noch gut an den Dengvaxia-Skandal 2017, als angeblich mehrere Menschen, darunter Kinder, an einem neuartigen Impfstoff gegen Dengue gestorben sein sollen. Ein weiterer Grund ist, dass bislang überwiegend Impfstoff des chinesischen Herstellers Sinovac genutzt wurde, an dessen Wirkungsgrad in der Bevölkerung starke Zweifel bestehen.

Ein Bürgermeister der Insel Luzon hat angekündigt, ab September – wenn im Ort erstmals Impfstoff verfügbar sein soll – monatlich eine Kuh unter den geimpften Dorfbewohnern zu verlosen.

Im Vergleich zu anderen südost-asiatischen Staaten verläuft die Impfkampagne in den Philippinen schleppend. Bis Juli waren gerade einmal vier Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Das grundlegende Problem bleibt die unzureichende Beschaffung bzw. Verfügbarkeit von Impfstoffen. Hinzu kommt eine überbordende Bürokratie bei der Distribution der vorhandenen Vakzine sowie eine eingeschränkte Planbarkeit aufgrund der Abhängigkeit von internationalen Impfstoffspenden.

Ob die Drohungen Dutertes die Impfmotivation steigern, ist fraglich. Es scheint ihm auch egal zu sein, zumal er bei der Präsidentschaftswahl kommenden Jahres nicht wieder antreten darf. Vielversprechender wirkt da die Initiative eines Bürgermeisters im Norden der Insel Luzon: Dieser hat angekündigt, ab September – wenn im Ort erstmals Impfstoff verfügbar sein soll – monatlich eine Kuh unter den geimpften Dorfbewohnern zu verlosen.

Dr. Vinzenz Huzel, FES Philippinen

Vereinigte Staaten

Ein Joint gefällig? Eine Schusswaffe? Ein Jagdschein? Eine Million Dollar? Die Bundesstaaten und Kommunen in den USA zeigen sich kreativ beim zunehmend verzweifelten Versuch, die Skeptiker zum Impfen zu bewegen. Die Liste der verschiedenen Anreize ist schier endlos. Auch Unternehmen sind auf den Zug aufgesprungen und bieten Geimpften Vorteile: ein gratis Donut etwa bei Krispy Kreme oder ein kostenloses Bier zum Essen in der örtlichen Brauerei.

Bereits im März hatten sich die USA so viel Impfstoff gesichert, dass sie jeden Erwachsenen dreimal impfen könnten. Aber der anfängliche Run auf die Impfungen ist längst verebbt. Mitte April wurden durchschnittlich 3,3 Millionen Dosen pro Tag verimpft. Seitdem fielen die Zahlen. Aktuell sind es nur noch knapp 570 000. 49 Prozent der Amerikaner sind bislang vollständig geimpft. Joe Biden musste vor kurzem zähneknirschend eingestehen, dass sein Ziel, bis zum 4. Juli 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zu impfen, nicht erreicht wurde.

Die USA geben dabei kein einheitliches Bild ab. Zwischen den Bundesstaaten gibt es mit Blick auf die Impffreudigkeit erhebliche Unterschiede. Spitzenreiter ist Vermont: Mehr als 65 Prozent aller Einwohner sind dort vollständig geimpft. Schlusslicht bildet Mississippi mit 34 Prozent. Ein Entscheidungsträger aus Arkansas beklagte, dass der Staat in Impfstoff „ertrinke".

Auch entlang anderer Merkmale – Geschlecht, Bildungsstand, Versichertenstatus, Wohnort – tun sich Gräben auf, insbesondere mit Blick auf die politische Orientierung: 86 Prozent der Demokraten geben in Umfragen an, bereits eine Dosis erhalten zu haben, jedoch nur 52 Prozent der Republikaner. Insgesamt wollen sich nur noch 3 Prozent sobald wie möglich impfen lassen. Der Anteil derjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, bleibt hartnäckig bei 20 Prozent.

Was treibt die Impfskeptiker um? Längst nicht alle sind den ideologischen *anti-vaxxers* oder den Verschwörungstheoretikern um QAnon zuzurechnen. Misstrauen gegenüber den Empfehlungen der Regierung wird von Befragten häufig als Grund genannt (angesichts der wankelmütigen Pandemiepolitik der Trump-Administration mag das wenig überraschen). Auch Zweifel an der Sicherheit der Impfstoffe und schlechte Erfahrungen mit dem öffentlichen Gesundheitssystem.

Können Anreize dieser Impfskepsis etwas entgegensetzen? Die Experten sind sich uneins und Umfragen zeigen je nach demographischer Gruppe sehr gemischte Ergebnisse. Millennials beispielsweise reagieren meist positiv auf originelle „*freebies*". In Ohio, betont der Gouverneur, habe sich die Impfrate in manchen Counties verdoppelt, nachdem er seine

Vax-a-Million-Lotterie – die fünfmalige Verlosung von einer Million Dollar unter den Geimpften – ankündigte.

In Ohio, betont der Gouverneur, habe sich die Impfrate in manchen Counties verdoppelt, nachdem er seine Vax-a-Million-Lotterie – die fünfmalige Verlosung von einer Million Dollar unter den Geimpften – ankündigte.

Manchen Arbeitgebern geht indes die Geduld aus. Sie verpflichten ihre Beschäftigten, sich impfen zu lassen. Das ist in den USA rechtlich zulässig, aber nichtsdestotrotz äußerst umstritten und Gegenstand etlicher Klagen. Die meisten Unternehmen setzen daher lieber auf Anreize für ihre Mitarbeiter. Die Fluggesellschaft United beispielsweise bietet Flugbegleitern drei Tage zusätzlichen Urlaub, wenn sie sich impfen lassen.

Das Thema Impfpflicht ist in den USA heikel. Viele Amerikaner sehen es als unvereinbar mit dem Freiheitsnarrativ. Die Biden-Administration hat sich lange vor einer klaren Aussage gedrückt. Nun scheint ein neuer Wind zu wehen: Am 26. Juli hat Präsident Biden in einem ersten Schritt für bestimmte Angestellte im öffentlichen Dienst die Impfung verpflichtend gemacht. Schluss mit lustig.

Anja Wehler-Schöck, IPG-Journal Berlin

Kasachstan

Der größte Staat Zentralasiens befindet sich mitten in der dritten Welle der Pandemie und steuert auf einen neuen Höhepunkt zu: Für August 2021 werden bis zu 11 000 Fälle täglich erwartet, und das bei nur 18 Millionen Einwohnern. Extrapoliert man diesen Wert auf Deutschland, wären das circa 50 000 Fälle pro Tag. Die Krankenhäuser sind abermals an der Belastungsgrenze angekommen und das Land steht kurz vor einem weiteren strikten Lockdown.

Die Impfkampagne verläuft schleppend: Kasachstan reiht sich in die Liste der Länder ein, in denen die Impfbereitschaft der Bevölkerung gering ist. Bisher sind nur etwa 17 Prozent der Menschen vollständig geimpft. Selbst im impfkritischen Raum der ehemaligen Staaten der Sowjetunion sticht Kasachstan negativ heraus: Nur rund ein Viertel der kasachischen Bevölkerung steht einer Impfung positiv gegenüber – weniger als in Russland oder der Ukraine. Die Gründe hierfür sind vielseitig: Mangelndes allgemeines Vertrauen in die Regierung, Konsum

kritischer Medien, hohe Zirkulation an Verschwörungstheorien und ein später Start der Impfkampagne trugen dazu bei, dass nicht mehr Menschen einen Impfschutz haben.

Mangelndes allgemeines Vertrauen in die Regierung, Konsum kritischer Medien, hohe Zirkulation an Verschwörungstheorien und ein später Start der Impfkampagne trugen dazu bei, dass nicht mehr Menschen einen Impfschutz haben.

Dabei hatte die Republik hervorragende Voraussetzungen, um der Pandemie entgegenzuwirken: Kasachstan hat einen eigenständig entwickelten Impfstoff (QazVac) auf den Markt gebracht, ausreichend Impfstoff (Sputnik-V, Sinopharm bzw. zum Ende des Jahres auch BioNTech/Pfizer) bestellt und selbst in den Regionen fernab der Hauptstadt Nur-Sultan für gute Verfügbarkeit gesorgt. Die Erfolge der letzten Monate bei der Bereitstellung des Impfstoffes und der Entwicklung diverser digitaler Lösungen – was Terminvergabe, Impfnachweise und Zugang zu öffentlichen Gebäuden angeht – sind beeindruckend, und das nicht nur im regionalen Vergleich. Dennoch: Die besten Impfkampagnen scheitern, wenn nicht genug Menschen bereit sind, sich tatsächlich impfen zu lassen. Dass die Deltavariante des Coronavirus zu dem Zeitpunkt in Kasachstan eintraf, als die Impfkampagne stagnierte, erklärt die nun exponentiell steigenden Fallzahlen.

Die Reaktion der Regierung ähnelt jener, die in Frankreich, Italien und anderen Ländern zu beobachten ist: erhöhter Zwang und de facto Impf-Verpflichtungen. Seit dem 1. Juli muss ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung einen Impfnachweis oder wöchentliche Tests – die selbst zu bezahlen sind – vorweisen. Staatsbedienstete sind hiervon explizit nicht ausgenommen, sondern sogar angehalten, sich umgehend impfen zu lassen. Der Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Restaurants, Kinos, Theatern, aber auch Malls oder eben dem Arbeitsplatz wird zunehmend vom eigenen Impfstatus – überprüft über die App „Ashyq“ – abhängig gemacht.

Ob ein Großteil der Bevölkerung in Anbetracht der zunehmenden Restriktionen das Impfangebot annehmen wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass die kasachische Wirtschaft, kleine und mittelständische Unternehmen, der Tourismussektor und die vielen Beschäftigten in der informellen Ökonomie ein großes Eigeninteresse am Abwenden weiterer Lockdowns haben. Kasachstan könnte im postsowjetischen Raum sogar zum primus inter pares werden – die

Werkzeuge hierfür sind vorhanden.

Christoph Mohr, FES Almaty



Vinzenz Huzel

Dr. Vinzenz Huzel leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Manila auf den Philippinen.



Anja Wehler-Schöck
Berlin

Anja Wehler-Schöck ist seit August 2022 Ressortleiterin für Internationale Politik beim Tagesspiegel. Ab 2021 arbeitete sie als Chefredakteurin des IPG-Journals. Zuvor war sie als Sozialreferentin an der Deutschen Botschaft Washington tätig. Von 2012 bis 2017 leitete sie das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für Jordanien und Irak in Amman.



Christoph P. Mohr
Delhi

Christoph P. Mohr leitet das Indien-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Delhi. Zuvor war er Regionaldirektor der FES in Kasachstan und Usbekistan. Er ist Mitherausgeber des Bandes *Flucht, Migration und die Linke in Europa* (Dietz 2017).